

An die VertreterInnen der Presse

27.04.09

DGB-Seminar „Gegen Überwachungsstaat“ / Bei der zentralen Steuernummer geht es um mehr als um Steuersünder/ Menschenwürde unvereinbar mit Chip-Zwang

Lampertheim / BERGSTRASSE. Großes Interesse fand das Seminar von „Arbeit und Leben“ und dem DGB-Kreisvorstand zum Thema Demokratieabbau. Dazu waren drei Experten von der Darmstädter Initiative „Vorratsdaten-Speicherung“ nach Lampertheim gekommen, sachkundig unterstützt von einer Ärztin von der Initiative „Stoppt die Gesundheitskarte“.

Als den Bergsträßern vor einem Jahr eine neue Steuernummer ins Haus flatterte, waren manche zwar verblüfft: Schließlich hatten sie schon eine beim Finanzamt. Andererseits versprachen die Regierungsparteien CDU und SPD, dass mit der Neuvergabe die Verfolgung Steuerflüchtiger erleichtert werde – wer sollte etwas dagegen haben?

Der Zusendung war kein Rechtsbehelf beigefügt; kein Gedanke an „informationelle Selbstbestimmung“? Die Proteste ließen dennoch nicht lange auf sich warten. Die „Humanistische Union“ (mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Burkhard Hirsch und der ehemaligen Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger) ging dagegen vor Gericht. Denn fast nebenbei war durch das neue „Steueränderungsgesetz“ die Möglichkeit der Totalüberwachung eingeschmuggelt worden.

Noch 1969 hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil genau solcherart Nummerierung einer ganzen Nation als „mit der Menschenwürde unvereinbar“ untersagt. Der Staat dürfe Menschen nicht „katalogisieren und wie eine Sache behandeln“. Tatsächlich ging es dabei nur um eine Maßnahme in einem ganzen Netz-Labyrinth verschiedenster Vorhaben, die letztlich alle auf zentrale Erfassung und Eingriffe in das Selbstverwirklichungsrecht hinauslaufen.

So ist seit 2008 eine neue „Telekommunikations- und Überwachungsverordnung“ in Kraft, die es erlaubt, alle Verkehrsdaten und Verbindungen eines Menschen für sechs Monate zu speichern. Auf diese Weise kann ein nahezu komplettes Persönlichkeitsprofil erstellt werden. Seit Anfang dieses Jahres werden diese Bestimmungen ausgedehnt auf Festnetz und Mobilnetz; Proteste haben bislang verhindert, dass auch der gesamte E-mail-Verkehr einbezogen wurde. Nach ersten Gerichtsurteilen ist nun wenigstens für die Überwachung ein Richter-Beschluss erforderlich. Verfassungsschutz und andere Geheimdienste allerdings brauchen sich selbst darum nicht zu kümmern. Nicht mehr die Unschuldsvermutung ist das Grundprinzip, so die Referenten, sondern „jeder ist verdächtig.“

Ein Gutes habe das Ganze, meinte Kreisvorsitzender Michael Dörr ironisch, man könne sich künftig eigentlich den ganzen Aufwand mit Wahlen schenken. „Schließlich ist doch auch so bekannt, wie die Leute wählen würden.“

Tatsächlich gibt es interessierte Kreise, die von ausgedehnter Datenerfassung nur profitieren: Der Verkauf von Daten ist längst zum

großen Geschäft geworden, und auch die Industrie profitiert von diesen neuen Pfründen für die Marktforschung und Werbepsychologie. Vollends lukrativ für die beteiligten Firmen wird es, wenn es um die elektronische „Gesundheitskarte“ geht. Dieses sog. „größte Telematic-Projekt der Welt“ werde als wichtigste Neuerung für eine bessere Versorgung angepriesen. Sehr im Kontrast zu dieser Gigantomanie stehen die vielen technischen Pannen und die bürokratische Schwerfälligkeit. Schon die PIN-Nummer stellt sich als zentrale Schwachstelle heraus. Wie sollen akut Erkrankte oder ältere Menschen sich ohne weiteres an diese sechsstellige Zahl jederzeit erinnern?

Bereits 500 000 Patienten haben gegen die Einführung der E-Card protestiert, da trotz angeblich strenger Zugriffsregeln keineswegs Missbräuche auszuschließen sind. Auch Ärzte sind größtenteils sehr skeptisch. Von Seiten der Gewerkschaften gibt es deutliche Kritik. Dass die CDU-SPD-Bundesregierung dennoch zäh daran festhält, überrascht weniger, wenn man die Milliarden betrachtet, die in dies Projekt hineingesteckt worden sind. Für Großkonzerne wie SAP, Microsoft, Siemens oder IBM, eine starke Lobby, winken da auf lange Sicht Superprofite, ganz zu schweigen von der Pharma-Industrie und den Krankenversicherungen. Sie alle wollen vom großen Kuchen Gesundheitsmarkt ein Stück abbekommen wollen. Immerhin handelt es sich dabei um das am schnellsten wachsende Marktsegment.

Ob E-chip oder die Zentrale Schüler- und Lehrerdatei, ob Datenspeicherung per Steuernummer oder Video-Überwachung oder das neue BKA-Gesetz – immer wieder stößt man auf die unheilige Allianz aus neoliberalen Sicherheitswahn der Regierung und Abbau von Bürgerrechten. Kritiker sehen darin vorbeugende Instrumente, um eine zu starke und militanten Oppositionsbewegung gegen Krise und Krieg in Schach zu halten. In jedem Fall ist nicht nur die Computerindustrie dabei der lachende Dritte.

„Da kann es einem angst und bange werden“, so der DGB-Vorsitzende Michael Dörr, „die Proteste werden trotzdem weitergehen.“ Das betonte auch das Referententeam von der Initiative Vorratsdatenspeicherung: Widerstand gegen die Big-Brother-Maßnahmen kann auch etwas bewirken. Durch die Skandale der letzten Zeit u.a. bei der Bundesbahn und der Telecom wurden viele hellhörig und die Gegenwehr nimmt zu. Seit längerer Zeit schon haben auch die Hacker vom Chaos-Computer-Club immer mal wieder sehr augenfällig demonstriert, wie verwundbar und anfällig für Störungen, aber auch für Missbrauch diese technischen Systeme in Wahrheit sind.

Nötig sei dennoch in jedem Fall noch mehr öffentliche Diskussion und Aktion zu diesen Kernbereichen einer Demokratie. „Das fängt schon damit an, dass wir, wo es nur geht, unsere Mitwirkung verweigern,“ so die Referenten. Soeben, am 21.4., hat sich auch der Bundesdatenschutzbeauftragte gegen die Vergabe der zentralen Steuernummer ausgesprochen: Es sei nicht auszuschließen, dass dadurch die Möglichkeiten der Weitergabe an staatliche Behörden, aber auch an Firmen, immer weiter ausgedehnt würden.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Betriebsräte und aktive Gewerkschaftsmitglieder wie auch der DGB insgesamt sich noch intensiver mit diesen Themen beschäftigen müssten. Einige nützliche Tipps, wie Einzelne sich und ihren PC gegen Übergriffe schützen können, gab es zum Schluss auch noch.

Eva Petermann, Pressereferentin des DGB-Kreisvorstands